

**OWUS-Dachverbandstagung**

**»Keime des Neuen«  
treiben kräftig westwärts ...**

**aktuell**

**JANUAR**

**2007**

**5. Ausgabe**

**Inhalt:**

**Unterwegs**

Owus in der Lederhose **2**

**Diskutiert**

Unmoralische Zahlungsmoral **3**

**Rundum**

Neues von Recht und Steuer **4**



Die Zahl linker Bundespolitiker, die sich für OWUS engagiert, ist spürbar gewachsen. Nach MdB Dr. Barbara Höll – Ansprechpartnerin für OWUS Sachsen – wurde es Fraktionskollegin Kornelia Möller, aktiv in Bayern/Landshut, gelegentlich auch in Baden-Württemberg/Tübingen. Die Diplom-Sozialökonomin, seit 2002 PDS-Mitglied, hat sich gegenwärtig der Unterstützung des neuen OWUS-Verbandes in Bayern verpflichtet. Von einer linken Bodensee-Internationale (Schweiz, Österreich, Bayern und Baden-Württemberg) war ebenfalls die Rede.

In Hessen hat es ein unverdrossenes Häuflein engagierter Linker – nicht alle parteigebunden, aber stark unterstützt vom Landesvorstand der Linkspartei – geschafft, einen OWUS-Landesverband zu gründen. Dass der sich auf Nordhessen beschränke, müsste eigentlich bald von Darmstadt und dem Odenwaldkreis aus widerlegbar sein.

Damit ist OWUS als Kommunikationsebene linker Unternehmen, neben den neuen, vorerst in drei »alten« Bundesländern präsent. Daraus lässt sich doch etwas machen, politisch wie auch wirtschaftlich, getreu unserem Motto »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung« – und weiter ausbauen. Und sicher ist: Je mehr sich Erfolge einstellen, je mehr »Urheber« werden sich finden. Politische Themen liegen sozusagen »auf der Straße«. OWUS muss sie aufheben – und der Linkspartei ordentlich »verkaufen«. Gescheite Partner mit einem gesunden Blick fürs Praktische finden sich ja nun offensichtlich.

Ein Thema, das OWUS in Hessen wie in Sachsen verbindet, kann sicherlich die Frage der Zwangsmitgliedschaften werden. Gerade, wenn sich eine Frau Merkel diesbezüglich (als Opposition – früher halt) schon einmal revolutionär gebärdete – und eine sächsische PDS-Fraktions-Vize (auch Opposition!) eher staatstragend. Ein Thema, bei dem stille Verzweiflung und Resignation unter vielen KMU herrschen, wo Aufmerksamkeit, Interesse und vermutlich sogar Zustimmung jener politischen Kraft zuteil werden wird, die es wagt, an diesem Zopf mittelalterlich klügelhaften Zunftgebarens herumzuschneppeln.

Einmütigkeit bestand in der Absicht, sich »als OWUS jetzt heftig in die Partei einzubringen«. Die LINKE hat aktive Menschen mit linker Bodenhaftung offensichtlich nötiger denn je, wenn sie Veränderungen in dieser Gesellschaft tatsächlich will. Mit kritischem, dennoch erwartungsvollem und optimistischem Blick auf die Partei wurde vorgeschlagen, statt der »Trennung von Amt und Mandat« besser auf Trennung von (Delegierten-)Mandat und ökonomischer Abhängigkeit zu achten. Sonst bestimmen letztendlich auf Parteitag die Beschäftigten von Vorständen, Fraktionen und Abgeordneten per Beschluss unter sich, was die Partei ihnen in den folgenden Wochen und Monaten zu tun aufgeben wird.

Einen beachtenswerten Aspekt beleuchtete OWUS Sachsen-Anhalt mit der Frage nach der Gleichberechtigung – nicht nur bei OWUS. Wie es komme, dass Frauen ausgerechnet von Frauen nicht in Verantwortung gewählt werden, so dass Quotierung zur Formalie verkommt. Vielleicht können wir wenigstens dagegen etwas bewusster arbeiten.

Eine gewisse Arbeitsfähigkeit – um Größenordnungen gewachsen im Laufe eines Jahres – ist OWUS im Bundesmaßstab nun jedenfalls nicht mehr abzusprechen. Auf tatsächliche politische Arbeit – und ein paar vorzeigbare Ergebnisse (nicht nur an Wahltagen!) dürfen wir uns wohl alle (Faulpelze ausgenommen) freuen.

Nehmen wir es doch als gutes Vorzeichen, dass Lothar Bisky und Wirtschaftssenator Harald Wolf mal kurz bei OWUS reinschauten und Erfolg wünschten.

*»Notizen zum Plan«, von Reinhard Heinrich, Landesvorsitzender Sachsen, als Aufforderung zur Diskussion*

(Anmerkung der Redaktion: Gewählt wird der neue Dachverbandsvorstand am 30. März.)

**Neues Steuerbüro in Berlin**

Die OWUS-Firma »Heidecke, Philipp & Partner« eröffnete am 25. Januar in 10179 Berlin, Littenstraße 108, ein neues Büro. In diesem Haus sind schon zwei OWUS-Firmen ansässig. Hier erfolgt eine weitere Vernetzung von kleinen Firmen. Viele Vereinsmitglieder wünschen der Kanzlei für die Arbeit im neuen Haus weiterhin großen unternehmerischen Erfolg. Zu den Gratulanten gehörte auch Genosse Hans Modrow. Die Redaktion wünscht der Firma ebenfalls für die Zukunft alles Gute.

Renate Vehlow,  
OWUS Geschäftsführerin



**Für Marx’  
Forderung nach  
Drittem  
Arbeitsmarkt**

Die Grundsatzklärung des Trierer Bischofs Reinhard Marx ist ein vernichtendes Urteil über die Arbeitsmarktpolitik der Regierungen Merkel und Schröder. Seine Forderungen hinsichtlich eines Dritten Arbeitsmarktes entsprechen denen von DGB, Verdi, Diakonie, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt und anderen Verbänden und Arbeitslosen-Initiativen. Auch DIE LINKE hat vergleichbare Vorschläge zur Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung vorgelegt.

Die neuen Ansätze der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit allerdings, die Bischof Marx zu erkennen glaubt, liegen doch sehr im Nebel. Wie ist es sonst zu erklären, dass die Koalitionsfraktionen zwei Anträge der Linksfraktion und der Grünen zur Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung seit September 2006 blockieren und eine Ausschussanhörung bis Mai 2007 verschoben haben? Weitere acht Monate Hartz-IV-Strafe für Hunderttausende Langzeitarbeitslose. Von großer Einigkeit kann ebenfalls keine Rede sein – und das, obwohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen 2006 trotz konjunktureller Belebung erneut um 91 000 gestiegen ist.

Angesichts der Mahnungen des Trierer Bischofs fordern wir die Koalition erneut auf, zu handeln und die Vorschläge der Opposition aufzugreifen, damit Deutschland die rote Laterne beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in Europa abgeben kann.  
23.01.2007, Kornelia Möller, DIE LINKE., arbeitsmarktpolitische Sprecherin

Von der am 27.11.2006 stattgefundenen Anhörung der Fraktion DIE LINKE. »Für eine Ausweitung und eine neue Qualität öffentlich finanzierter Beschäftigung« gibt es einen Reader und eine DVD mit der Podiumsdiskussion. Beides kann im MdB-Büro Möller bestellt werden.

**OWUS in Bayern**

**Linke mit Laptop und Lederhose**

Als die Idee, OWUS Bayern zu gründen, aufkam, gab es zunächst Klärungsbedarf: Die Linke und ein Unternehmerverband? Sind wir jetzt unter die Kapitalisten gegangen? Weit entfernt. OWUS, ein Zusammenschluss kleiner und mittelständiger Freiberufler und Selbstständiger, passt hervorragend in unsere neue linke Partei, denn unter der unsinnigen und die Gesellschaft zerstörenden Politik der neoliberalen rot-grün-schwarz-gelben Einheitspartei leiden nicht nur ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose, sondern gerade auch die Selbstständigen. Die Mittelständler genauso wie einzelne Selbstständige, oft Arbeitslose, die, um überleben zu können, sich in die Selbstständigkeit treiben lassen und nun sehen müssen, wie sie ihr Auskommen erwirtschaften. Gerade innerhalb der neuen linken Partei nimmt deshalb OWUS einen wesentlichen Platz ein. Denn die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten, Erwerbslosen, Freiberuflern, Selbstständigen, aber auch von kleinen Unternehmen gehören zusammen. Wichtig ist gerade in diesen Zeiten, dass man gemeinsam kämpft, sich zusammenschließt, sich nach innen gegenseitig unterstützt und nach außen stark genug ist, den Großunternehmen und der neoliberalen Politik die Stirn zu bieten. Bei der Dachverbandstagung (siehe Seite 1) hatten wir Gelegenheit, OWUS Bayern vorzustellen. Wir waren sehr von

der angenehmen Atmosphäre, der freundlichen Aufnahme, der kooperativen Zusammenarbeit und den interessanten KollegInnen von OWUS angetan und freuen uns sehr, in Zukunft gemeinsam wirken zu können. OWUS Bayern gründet sich am 9. Februar. Zur Gründungsversammlung um 19:00 Uhr im Bavaria Bräu, Theresienhöhe 7, Nebenzimmer »Fischerlabel«, sind Interessierte herzlich eingeladen. Bei einer Veranstaltung am 24. Januar in Germering zum Thema »Hartz IV und linke Alternativen« mit Kornelia Möller als Referentin, erwähnten wir die Gründung von OWUS Bayern und stießen auf großes Interesse. Das zeigt uns nicht nur, wie dringend die Gründung eines linken KMU-Interessenverbandes ist, sondern lässt auf rege Teilnahme am Gründungstermin hoffen. Wir sind zuversichtlich, dass OWUS Bayern schnell wachsen wird. Die Linke ist die einzige Volkspartei, die ihren Namen wirklich verdient, da sie nicht ausschließlich die Interessen der reichsten 10 % der Bevölkerung vertritt, sondern die der 90 % »anderen«, die von der neoliberalen Einheitspartei links liegen gelassen werden. Mit ihrem Eintreten für die Interessen von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen ist OWUS Bayern deshalb ein wichtiger Bestandteil unserer neuen linken Partei.

*Kornelia Möller MdB, Karsten Nissen und Joachim Gabriel*

**OWUS-unterwegs**

**Neujahrsempfang  
der Bundestags-  
fraktion DIE LINKE.**

Auch in diesem Jahr nahm eine kleine Gruppe von OWUS-Unternehmerinnen und Unternehmern am Neujahrsempfang der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag teil. Unter dem Motto »Die Linke kommt« wurde auf ein ereignis- und erfolgreiches neues Jahr angestoßen. Der Platz auf der Etage der Fraktionsebene im Reichstag war reichlich gefüllt – durch die außerordentlich vielen Gäste. Sehr herzlich wurde OWUS von der parlamentarischen Geschäftsführerin, Dagmar Enkelmann, begrüßt und mit einem Unternehmer aus Bernau, Mitglied im Barnimer Mittelstandsverein, bekannt gemacht. Wir fanden gemeinsame Themen und tauschten unsere Adressen aus, um zukünftig auf unserem, beiderseits engagierten Gebiet, zusammenzuarbeiten. An diesem Abend fanden noch viele Gespräche statt und wurden zahlreiche Kontakte geknüpft. Es gehört schon zu den normalen Geflogenheiten linker PDS-Politik, dass auf so einer Veranstaltung Unternehmen ihren Platz finden.

*Renate Vehlow, OWUS-Geschäftsführerin*

Ein paar Schnapsschüsse von unseren OWUS-Gründungsmitgliedern Prof. Dr. Christa Luft, Rolf Kutzmutz, unserem Vorstandsvorsitzenden OWUS Berlin-Brandenburg e.V. Klaus Eichler und dem Dachverbandsvorsitzenden Dr. Diether Dehm.





Sabine Zimmermann MdB

## Zahlungsmoral bleibt ein Problem



Nicht oder zu spät gezahlte Rechnungen sind für viele kleine Unternehmen ein akutes Problem. Meist fehlt das Eigenkapital, um den Ausfall zu kompensieren.

Ein Beispiel aus der Praxis: Ein kleiner Handwerksbetrieb aus meinem Wahlkreis baute die Innenräume einer größeren Klinik aus. Die Klinik nahm die Räume in Betrieb, weigert sich aber wegen angeblicher Mängel, den Auftrag ordnungsgemäß zu bezahlen. Für den Handwerker steht seine Existenz auf dem Spiel. Ihm fehlt das Geld für das Material neuer Bauvorhaben. Ein bitterer Beigeschmack: Die Klinik erhielt öffentliche Fördergelder in Millionenhöhe.

Das ist kein Einzelfall. Es ist übliche Praxis, dass größere Unternehmen ihre Machtposition nutzen und unter vorge-schobenen Gründen erledigte Aufträge nicht oder zu spät bezahlen. Bei gewerblichen Schuldnern betrifft das nach Schätzungen des Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen etwa jede fünfte Zahlung. Die Große Koalition bleibt die Antwort schuldig, was sie dagegen tun will.

Zurzeit berät der Bundestag das so genannte Forderungssicherungsgesetz. Ausstehende Zahlungen sollen damit rechtlich einfacher eingefordert werden können. Das Grundproblem ist jedoch nicht gelöst. Die wenigsten Handwerker streiten ausstehende Zahlungen über den Rechtsweg ein, sei es, weil Zeit oder Geld fehlen oder weil sie fürchten, den Auftraggeber zu verlieren.

Trotz anziehender Konjunktur 2006 hat sich nach jüngster Umfrage des Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen die Zahlungsmoral nicht verbessert. Die Politik der Bundesregierung trägt dazu zu bei, dass dies so bleibt. Ihre Sparpolitik und die Mehrwertsteuererhöhung richten sich gegen eine wirtschaftliche Erholung und damit finanzielle Entspannung. Die schlechte Zahlungsmoral gefährdet die Existenz zehntausender Handwerker.

31.000 Unternehmenspleiten gab es letztes Jahr, mit 500.000 Arbeitsplätzen.

DIE LINKE fordert eine wirtschaftspolitische Wende. Und sie sagt Nein zu einem Kapitalismus pur, wo die Macht des Stärkeren gilt. Wir brauchen mehr Kontrolle von und Strafen für solche Unternehmen, die vorsätzlich nicht bezahlen. Die öffentliche Hand darf nicht selbst zu den größten Säumigen zählen.

S. Z. ist mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Dagmar Enkelmann; MdB

*Nein, es ist kein Naturgesetz...*

... dass Gewerkschaften und auch Betriebsräte der SPD besonders nahe stehen.

*Je weiter sich die SPD von sich selbst entfernt, desto mehr suchen engagierte Gewerkschaftsvertreter verstärkt nach Alternativen. Deswegen war es auch kein Wunder, dass der große Anhörungssaal im Bundestag bei der Beratung der Linksfraktion Ende 2006 mit Betriebsräten gut gefüllt war. Und ein Wunder ist es auch nicht, dass es bei vielen Themen große Gemeinsamkeiten gibt. Sei es bei der Forderung nach einem gesetzlich fixierten Mindestlohn, nach stärkerer Mitbestimmung in den Betrieben, nach einer wirksamen und auf die Zukunft orientierten Beschäftigungspolitik oder auch bei der Ablehnung von Entscheidungen der großen Koalition, die zu weiterem sozialen Kahlschlag führen wie Rentenkürzungen, »Gesundheitsreform«, ALG II usw. Ja, wir sollten gemeinsam streiten gegen die Entsorgung von Arbeitnehmerrechten, gegen die weitere Verschärfung der sozialen Schieflage und für eine Verschiebung der politischen Mehrheiten. Diese erste Konferenz mit Betriebsräten war ein guter Auftakt, er wird in vielen Regionen seine Fortsetzung finden.*

## OWUS – bring deine Träume in die neue Linke! (1. Teil)

Wahlkämpfe sind keine originär sozialistische Erfindung. Schon gar nicht in einer Welt, in der der politische Gegner die Flut der Bilder beherrscht. WählerInnen wollen nicht auf den »neuen Menschen« warten, auf fleischlose Zukunftsversprechungen oder abstrakte Möglichkeiten einer besseren Welt. Entweder der Leidensdruck ist derart stark, dass der Griff nach Alternativen gleichsam ins Wahllose schießt – dann aber drohen auch rechte Rattenfänger – oder die herrschenden Verhältnisse und ihre Apologeten sind klar im Vorteil. Denn sie liefern die Stargesichter, definieren den engen Aktionsradius konkreter Projekte und interpretieren die Krisen und Engpässe im System. Halbe Krisen bringen die doppelte Menge bürgerlicher Lösungen hervor, im Heute und im System.

Somit zeichnet sich das bürgerliche System dadurch aus, dass die Bürger als Bourgeois (nicht als »Citoyens«!) für einander einstehen. Der Handwerksmeister für Hilmar Kopper, der freie taz-Schreiber für Apple-Chef Steven Jobs. Proletarische Solidarität wollte stets mühsam organisiert werden. Diese kleinbürgerliche Solidarität mit den Großbürgern ergibt sich organisch. Und zwar besonders auf deutschem Boden, wo die Linke stets »das Kleinbürgertum kampfflos dem Faschismus überlassen« (Ernst Bloch) hatte. Wer den deutschen Kapitalismus erschüttern möchte, muss die subtilen Bindungen der Kleinbürger an die Monopolbourgeoisie auflösen, zumindest lockern.

Wer die Linke aus der gegnerischen Hegemonie der schönen Fotos von heute lösen möchte, darf in Wahlkämpfen nicht nur mit Phantomzeichnungen aus dem Jenseits kommen, sondern mit konkreten, weil fühlbaren Vorstellungen im Mehrfachsinne des Wortes – bis zur Bühnen-Vorstellung, dem »Event«. Antikapitalistische Wahlkämpfe müssen ganz besonders tun, was Marx im Vorwort zu den »Grundrissen« schrieb, »vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigen!« Linke Wahlkampfprogrammatik muss, wenn sie den

oben umschriebenen Dilemmata entkommen möchte, aufsteigen zur Konkretion von Spitzenkandidaten-Gesichtern, die eine ganz besondere Geschichte zu erzählen und ein Charisma mit Alleinstellung haben. Und zu Projekten, die im bürgerlichen Hier und Heute zu verwirklichen sind, aber gleichzeitig den Weg nach draußen ahnen lassen.

Wahlkampf allein kann keinen Sozialismus einleiten, muss aber stets einen Geschmack davon und einen Appetit darauf liefern. Eben weil er weniger in plumper Unmittelbarkeit mit programmatischen Prinzipien, denn mit Metaphern, Projekten und Gesichtern spiegeln, die »die Sonne im Tropfen spiegeln« (Shakespeare). Und diese Personen und Projekte müssen behilflich sein dabei, den Mörtel zwischen Kleinbürgertum und Monopolkapital abzutragen. Sie müssen einem anderen Kleinbürgertum als dem ewigen deutschen Spießler die Bündnisoptionen der Linken als gangbaren Weg weisen, fort von der suizidalen Umklammerung der Imperialbourgeoisie.

Warum zum Beispiel, wenn die Linke die Renationalisierung von Post, Bahn und Energienetzen nach Artikel 15 GG fordert, fangen wir nicht an, neue Vorstellungen über öffentliche Aufsichtsräte zu entfalten? Warum durchleuchten wir nicht das Bestehende im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Sparkassen-Wesen? Und schon haben wir eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, ob nicht Attac, Greenpeace, Amnesty oder auch wirkungsvolle KMU-Vertreter in die Allmachtszentrale von Schicksal spielenden Globalplayern und Konzernen hineingebracht werden müssen, als öffentlich-rechtliche Gemeinwirtschaft zwischen Staat und Privatkapital.

Fortsetzung folgt

Dr. Diether Dehm (Dachverbandsvorsitzender, Niedersächsischer Landesvorsitzender und Europapolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag)



**Termine: Gerd Beck**

**3.2.2007**

Sozialistische Linke im 21. Jahrhundert, Kassel (Universität)

**3./4.2.2007**

Landesparteitag Linkspartei.PDS Brandenburg in Blossin

**9.2.2007**

19.00 Uhr OWUS Bayern – Gründungsver-sammlung, im Bavaria Bräu, Theresienhöhe 7, Nebenzimmer »Fischerlabel«

**15.2.2007**

19.00 Uhr, Potsdam, Hotel »ASCOT-Bristol«, Unterneh-mertreff Potsdam zu den neuen steuerpolitischen Aspekten im Jahre 2007

**17.2.2007**

ab 10.00 Uhr in Berlin, ND-Haus, Franz-Mehring Platz, AG Wirtschaftspolitik beim PV der Linkspartei.PDS, Verständigung zu wirt-schaftspolitischen Passagen in den »Programmatischen Eckpunkten«

**20.2.2007**

19.00 Uhr, Berlin »ABACUS-Hotel«, Unternehmertreff Berlin mit Prof. Dr. Klaus Steinitz, AG Wirtschaft PV, wirtschaftspolitische Passagen in »Programmatischen Eckpunkten«

**24.2.2007**

10 Uhr, Steuerpolitische Kon-ferenz der Fraktion DIE LIN-KE. im Deutschen Bundestag, Berliner Abgeordnetenhaus, Käte-Niederkirchner-Straße 5

**26.2.2007**

Beratung der wirtschaftspoli-tischen Sprecher der Landtags-fraktionen Die Linke.PDS in Berlin, Themen: Mindestlohn, EU-Dienstleistungsrichtlinie

**28.2.2007**

19 Uhr, ND-Club, Franz-Meh-ring Platz: Frauen in der Poli-tik – mit Katja Kipping, Bar-bara Höll und Dagmar Enkel-mann (alle MdB DIE LINKE.)

**2.3.2007**

Tourismuspolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

**Finanzamt will Schecks früher!**



Auf eine bisher wenig beachtete Änderung der Modalitäten für Steuerzahlungen per Scheck möchten wir aufmerksam machen. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2007 vom 13.12.2006 wurde neu geregelt, dass bei Steuerzahlung per Scheck die Zahlung erst drei Tage nach Eingang des Schecks als geleistet gilt.

Dies gilt für alle Schecks, die nach dem 31.12.2006 beim Finanzamt eingehen. Insbe-

sondere Unternehmer, die zur monatlichen Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Lohnsteuer-Anmeldungen verpflichtet sind, müssen die Neuregelung bereits bei den Anmeldungen für den Monat Dezember beachten. Da diese Steuern am 10. des Folgemonats fällig sind, muss der Scheck künftig spätestens schon am 07. des Folgemo-nats beim Finanzamt eingehen. Ansonsten entstehen Säumniszuschläge in Höhe von 1 % der Steuer.

Bisher galt die Steuer schon bei Scheckeingang als entrichtet. Tatsächlich geht das Geld aber erst mehrere Tage später auf dem Konto des Finanzamts ein. Bei der Vielzahl der Scheckzahler entstehen der öffentlichen Hand so erhebliche Zinsverluste.

Wer seine Steuern bisher per Scheck bezahlt hat und sich die Überwachung des rechtzeitigen Scheckeingangs ersparen möchte, dem raten wir dazu, dem Finanzamt eine Ein-zugsermächtigung zu erteilen.

AS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Niederlassung Suhl, Schleusinger Str.10, 98

**Brandenburger Unterneh-merin des Jahres gesucht**

Das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie führen derzeit den Wettbe-werb »Unternehmerin des Landes Brandenburg 2007« durch. Die Preisverleihung findet im Rahmen des 6. Unternehmerin- und Gründerinnentages am 31. März 2007 in Potsdam statt. »Nahezu ein Drittel der brandenburgischen Unternehmen wird von Frauen geführt.« Alle sind aufgerufen, erfolgreiche Inhaberinnen eines Brandenburgischen Unternehmens für den Preis vorzu-schlagen, auch Eigenbewerbungen sind möglich. Bewerbungsschluss 28. Februar 2007.

[www.unternehmerinnentag.brandenburg.de](http://www.unternehmerinnentag.brandenburg.de)

*Sabine Zimmermann zum Kabinettsbeschluss über das zweite Mittelstandsentlastungsgesetz:*

**Nullnummer mit gefähr-lichen Nebenwirkungen**

Der schwarz-rote Bürokratieabbau entlastet die Unter-nehmen zu wenig, dünn aber zuviel gesellschaftlich wichtige Statistik aus. Wirt-schaftspolitisch ist der Bürokratieabbau der Großen Koalition eine kleine Nummer. Bei 3,4 Millionen kleinen und mittleren Unter-nehmen entsprechen die 59 Millionen Euro Entlas-tungen gerade mal durch-schnittlich 17 Euro pro Fir-ma. Das erzeugt keinen Aufbruch. Besser wäre ein staatliches Investitionspro-gramm, um die Binnen-nachfrage anzukurbeln. Davon profitiert auch der mittelständische Hand-werksbetrieb vor Ort. Der schwarz-rote Bürokratieab-bau hat gefährliche gesell-schaftliche Nebenwirkun-gen. So plant die Koalition Existenzgründer von statis-tischen Meldepflichten zu befreien und Statistik-Stich-proben bei Kleinfirmen mit weniger als 50 Beschäftig-ten zu reduzieren. Die ver-stärkte Ausdünnung der Statistik im Bereich der klei-nen und mittleren Unter-nehmen ist wirtschaftspoli-tisch nicht zu verantwor-ten. Viele Kleinunterneh-men befinden sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Deshalb sind Infor-mationen aus diesem Be-reich für eine verantwortungsvolle Wirtschaftspo-litik unverzichtbar. Auch

die Abschaffung sozialer Schutzrechte wie das allge-meine Gleichbehandlungs-gesetz unter dem Deck-mantel des Bürokratieabbaus kann nicht hingegenommen werden.

24. Januar

(Anmerkung der Redakti-on: Sabine Zimmermann hat am 19. Januar eine Klei-ne Anfrage zum veränderten Arbeitslosengeldbezug für Saisonarbeitende in den Bundestag eingebracht. So-bald die Antwort der Bun-desregierung vorliegt, wird OWUS-aktuell berichten.)

**Neues Deutschland**

**Aktion 2007 für OWUS**

OWUS-Mitglied »ND« möchte noch stärker als bisher als Multiplikator für den OWUS-Verband und seine Mitglie-der wirken, ihnen zum einen als Plattform zur Kommuni-kation in eine breite Öffentlichkeit dienen und zum ande-ren den OWUS-Mitgliedern einen unmittelbaren wirt-schaftlichen Nutzen durch Vermittlung eines interessanten Kundenpotentials bieten könnte – d.h. eine unmittelbare Teilhabe an der o.g. Solidargemeinschaft. So bietet das ND viermal im Jahr eine redaktionell begleitete Sonderseite unter dem Titel »OWUS informiert« oder »Neues von OWUS« o.ä. an. Die Seite würde aus einem redaktionellen Teil mit Beiträgen über OWUS und einem Anzeigenteil bestehen, in den die OWUS-Mitglieder zu Sonderkonditio-nen Anzeigen schalten können. Hier sind alle OWUS-Mit-glieder angesprochen, diese Aktion entsprechend ihren Möglichkeiten zu unterstützen

**Impressum**

**Herausgeber:** OWUS e.V. Vi.S.d.P. Renate Vehlowl

**Redaktion:** C. Hempel, R. Vehlowl

**Geschäftsstelle:** Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin  
Fon: 030 - 24 009 563  
Fax: 03327 - 73 20 90  
kontakt@owus.de

**Satz/Layout/Druck:** typegerecht berlin GbR  
Schönhauser Allee 36  
KulturBrauerei · Haus S  
10435 Berlin  
030 - 48 49 62 43

**Fotos:** Renate Vehlowl, Frank Schwarz

Zuschriften können bei Veröffent-lichung sinnewahrend redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Heraus-gebers übereinstimmen.